



FDP | 23.01.2014 - 14:15

Leben und Sterben in Freiheit



Im Sinne der Selbstbestimmung hat sich FDP-Chef Christian Lindner für die begrenzte Zulassung der medizinischen Sterbehilfe stark gemacht. Die FDP sei für einen differenzierten Umgang mit diesem sensiblen Thema, sagte Lindner der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Das von der Union geforderte Verbot jeglicher Form der Sterbehilfe lehnt die FDP ab. "Den Menschen sollte nicht vom Staat das Recht genommen werden, ihrem Leben selbstbestimmt ein Ende setzen zu können", unterstrich er.

Bei der Debatte über ein Verbot stehe für die Liberalen außer Frage, dass kommerzielle Sterbehilfe verboten werden sollte, so der FDP-Chef weiter. "Andere, nicht erwerbsmäßige Formen der Beihilfe zur Selbsttötung sollten nicht generell strafrechtlich verfolgt werden, sondern in sehr engen und klar definierten Grenzen legalisiert werden." Lindner verwies auf einen bestehenden Gesetzentwurf der früheren Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), der Lösungen zur Regulierung der Sterbehilfe darlegt.

Den Gesetzentwurf der Justizministerin a.D. aus der vergangenen Legislaturperiode lobte auch FDP-Vize Wolfgang Kubicki im Gespräch mit der "Welt" als sehr vernünftig. Der Entwurf ist allerdings damals am Widerstand der Union gescheitert. Die Christdemokraten zielen über das Verbot der kommerziellen Sterbehilfe hinaus und fordern die Verhängung von Gefängnisstrafen, wenn ein Verein ohne Gewinnerzielungsabsichten Suizid-Begleitung für Mitglieder anbietet.

Unser Leben gehört uns



Kubicki übte scharfe Kritik an den Verbotsplänen der Union. "Es wäre fatal, wenn der neue Bundestag nun ein autoritäres Verbotsgesetz erlassen würde, das die Freiheit der Bürger in dieser existenziellen Frage einschränken würde und nur zur Folge hätte, dass die Leute in die Schweiz reisen", machte der Liberale deutlich. Dort erhalten Bürger sowie Ausländer den legalen Zugang zur medizinischen Sterbehilfe durch Organisationen wie Dignitas und Exit.

Sein eigenes Bekenntnis zum individuellen Recht auf Sterbehilfe ist in persönlicher Erfahrung verankert. "Seit ich mit ansehen musste, wie mein Bruder an seinem apallischen Syndrom langsam und qualvoll sterben musste, bin ich fest davon überzeugt, dass wir in Deutschland bestimmte Formen des begleiteten Suizids weiterhin erlauben sollten", erklärte Kubicki. Für ihn sei es von zentraler Bedeutung, dass Menschen "das Recht haben, ihrem Leben unter Umständen selbstbestimmt ein Ende zu setzen". Der Liberale stellte klar: Der Staat dürfe sich nicht anmaßen, den Bürgern eine solche Selbstbestimmung durch ein Gesetz kategorisch zu verbieten.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/leben-und-sterben-freiheit>